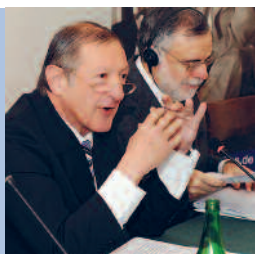


KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG:
Dr. Franz Schoser, Schatzmeister der KAS, überreicht die Konrad-Adenauer-Medaille an Kronprinz Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan.



MENSCHENRECHTE:
Mit einem Symposium zum Thema „Menschenrechte und Menschenwürde in der Globalisierung“ hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Repräsentanz in Rom am 13. Februar 2009 offiziell eröffnet.



MEDIEN:
Der langjährige Leiter des Medienprogramms Asien, Werner vom Busch, geht in den Ruhestand. In KAS International verabschiedet er sich mit einem Interview.



POLITISCHER DIALOG:
Der kolumbianische Präsident Alvaro Uribe traf im Rahmen seines Staatsbesuchs in Deutschland Vertreter der KAS zu politischen Gesprächen.

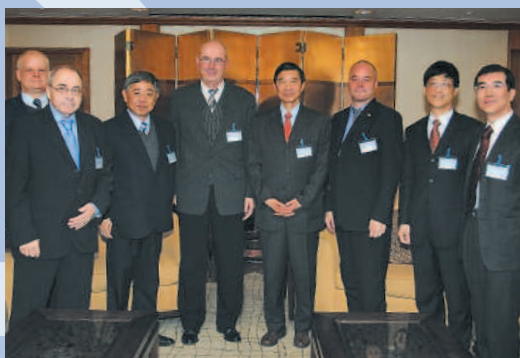
INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 4
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 6
Rechtsstaat
- Seite 8
Medien
- Seite 10
KAS-Panorama
- Seite 12
Menschenrechte
- Seite 13
Werte- und Religionsdialog
- Seite 14
Demokratie und Entwicklung
- Seite 16
Politischer Dialog
- Seite 18
Energie und Umwelt
- Seite 19
Neuigkeiten aus der Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 20
Neuerscheinungen

DIE GLOBALE FINANZKRISE – ANTWORTEN DER EU UND CHINAS

Das Shanghaier Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung richtete zum achten Mal das jährlich stattfindende internationale WTO-Forum in der chinesischen Wirtschaftsmetropole aus.

Seit sich die US-Immobilienkrise im Jahr 2007 zu einer internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgeweitet hat, rückt China zunehmend ins Blickfeld aller Akteure: Während die einen davon ausgehen, dass die Volksrepublik entscheidende Maßnahmen zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts einzuleiten vermag, fürchten andere um die innere Stabilität des Landes und damit die Legitimationsgrundlage der chinesischen Führung. Sorge bereitet der Kommunistischen Partei Chinas in erster Linie die abnehmende Produktnachfrage aus dem Ausland, von der insbesondere exportorientierte und arbeitsintensive Industrien wie Textil- und Spielzeugbranchen betroffen sind. Obwohl die in China produzierten Waren nur knapp 5 Prozent des BIP ausmachen, birgt eine Negativentwicklung immenses Unruhepotential:



Bereits zum achten Mal lud die Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai nationale und internationale Experten zum jährlichen KAS-SIFT WTO-Forum ein.

In den Wirtschaftsmetropolen des Landes stehen immer mehr Menschen vor verschlossenen Werk-toren; die Zahl der Wanderarbeiter ohne Beschäftigung beläuft sich inzwischen auf geschätzte 40 Millionen und die Dunkelziffer der arbeitslosen Stadtbevölkerung dürfte ebenfalls höher liegen als bei den derzeit offiziell 8 Millionen Registrierten.

Fortsetzung auf Seite 3

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



die Frage einer globalen Ordnungspolitik ist mit der internationalen Finanzmarktkrise und dem offensichtlichen Versagen grenzüberschreitender Regelungsmechanismen wieder verstärkt in die Diskussion geraten. Ein zentraler Nerv der globalen Verflechtung wurde durch die Krise getroffen und ihre weltweiten Auswirkungen haben drastisch vor Augen geführt, dass nur globale Politikansätze und die intensive Vernetzung regionaler Lösungsmodelle wirksame Krisenbekämpfung ermöglichen können.

Doch der Ruf nach verstärkter und koordinierter internationaler Kooperation geht über die Finanzmärkte hinaus. Die Frage nach einer globalen Ordnungspolitik nimmt die Beschaffenheit der bestehenden internationalen Strukturen und Regelungsmechanismen grundsätzlich in den Blick. Im nationalen Kontext baut Ordnungspolitik auf der engen Verschränkung der Systeme Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf. Die Gestaltung von Politik unter der Berücksichtigung dieser starken Vernetzung gewährleistet nachhaltige und stabile Rahmenbedingungen, innerhalb derer die jeweiligen Akteure ihre Rolle wahrnehmen.

Die nationalen Ordnungssysteme haben sich in der Welt der Globalisierung in ihren Strukturen verändert. Teilweise erscheinen sie stark geschwächt, Durchgriffsmöglichkeiten des Staates sind reduziert. Zugleich verdichtet sich der globale Raum und international rücken Politik, Wirtschaft und Gesellschaften immer weiter zusammen. Eine internationale Ordnungspolitik ist jetzt notwendig. Die Soziale Marktwirtschaft, in deren Kern das ordnungspolitische Denken steht, muss der Referenzrahmen sein. Auch auf globaler Ebene muss ein Zusammenspiel von Solidarität und Freiheit geschaffen werden, welches das Gemeinwohl in den Blick nimmt.

Über politische und wirtschaftliche Strukturen hinaus stellt sich die Frage einer globalen Ordnungspolitik auch zu den grundlegenden Werten, auf Basis derer Staaten international zusammenarbeiten und sich engagieren wollen: Welche handlungsleitenden Prinzipien sollen für Realwirtschaft und Finanzwelt künftig gelten? Welche Werte sollen die Welt, in der wir leben wollen, prägen? Welche Konzepte sollen die internationale Kooperation leiten? Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftsmodell, sie ist Grundlage unseres Gesellschaftssystems. Der Mensch steht im Mittelpunkt und an diesem Grundsatz muss die Verschränkung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ansetzen.

Wenn wir unser Gesellschaftssystem, das maßgeblich auf der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft fußt, langfristig erhalten wollen, brauchen wir internationale Verbündete. Es gibt keine Nationalökonomie im traditionellen Sinne mehr. Dies ist durch die Finanzkrise mehr als deutlich geworden. Es ist deshalb wichtig, dass auch andere Staaten in der sich globalisierenden Welt zentrale ordnungspolitische Vorstellungen und die dahinter liegenden Werte mittragen. Nur wenn wir diese internationalen Verbündeten finden, können wir bei uns Wohlstand und Zukunft sichern. Deshalb engagieren wir uns global, um im Dialog mit Schwellen- und Entwicklungsländern die internationale Ordnungspolitik weiterzuentwickeln. Der Dialog und die vertrauensvolle Zusammenarbeit weltweit sind heute mehr gefragt denn je. Dazu heißt es, einen Beitrag zu leisten. Berlin, im März 2009

Dr. Gerhard Wahlers | Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Internationale
Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Helmut Reifeld:

Gesamtkoordination

■ Laura Bierling:

Assistenz

■ Dr. Nino Galetti:

Medien, Energie und
Umwelt

■ Sabine Gerhardt:

Demokratie und
Entwicklung

■ Dr. Karsten Grabow:

Politischer Dialog

■ Dr. Angelika Klein:

Werte- und Religions-
dialog, Menschenrechte

■ Susanna Vogt:

Wirtschafts- und
Sozialordnung

■ Dr. Jan Woischnik:

Rechtsstaat

Kontakt über:

Vorname.Nachname@
kas.de

Gestaltung

SWITSCH

KommunikationsDesign,
Köln

Fotos

dpa, KAS

© 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Wu Jianmin, Mitglied der 10. Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und chinesischer Botschafter in Frankreich a.D., während seines Vortrages „China in the Process of Integration into the Global Economy“

DIE GLOBALE FINANZKRISE – ANTWORTEN DER EU UND CHINAS

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Experten gehen davon aus, dass nur ein jährliches Wirtschaftswachstum von ca. 8 Prozent die neu auf den Markt strömenden Arbeitskräfte, darunter über 15 Millionen Hochschulabsolventen, auffangen kann. Unruheszenarien einer „strategischen Allianz“ aller Betroffenen werden unter diesen Umständen immer realistischer. Das von der chinesischen Regierung angekündigte Konjunkturpaket von umgerechnet 465 Mrd. Euro soll den Exportrückgang ausgleichen, die Binnenkonjunktur stärken und sieht Investitionen in den Aus- und Neubau von Straßen, Eisenbahnlinien und Flughäfen sowie die Stärkung des Gesundheits- und Bildungswesens vor. Um einem weiteren Rückgang der einst dynamischen Wirtschaftsentwicklung vorzubeugen, entschied sich die chinesische Notenbank darüber hinaus mehrfach zur Senkung des Leitzinses und erleichterte gleichzeitig die Anforderungen an Mindestreserven für kleine und mittelgroße Finanzinstitute. Die internationale Staatengemeinschaft sieht China indes in der Pflicht, auch global zusätzlich Verantwortung zu übernehmen.

Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen luden die Konrad-Adenauer-Stiftung und das Shanghai Institut für Außenhandel (SIFT) im November 2008

zum 8. WTO-Forum ein, das sowohl die Reaktionen der EU und Chinas auf die globalen Turbulenzen an den Finanzmärkten als auch die Erwartungen an die aufstrebende asiatische Wirtschaftsmacht thematisierte. Auf der Konferenz, die – bei einer Teilnehmerzahl von über 700 – die größte Shanghaier Veranstaltung einer Nichtregierungsorganisation des vergangenen Jahres werden sollte, warnten vor allem chinesische Experten vor abnehmender Handlungsfähigkeit der Kommunistischen Partei und einer damit einhergehenden Entstehung sozialer Brandherde. Alle Referenten begrüßten grundsätzlich den von der chinesischen Führung angekündigten Rettungsschirm, prognostizierten allerdings sehr unterschiedliche Zukunftsszenarien und Lösungsstrategien. Übereinstimmung herrschte darin, dass sich konkrete Handlungsanleitungen zum Umgang mit globaler Stagnations- und Rezessionsfurcht nur gemeinsam formulieren lassen. Von der im Westen mitunter gehegten Erwartung, China könne und wolle die internationale Staatengemeinschaft aus den Turbulenzen der Finanzkrise befreien, müsse jedoch deutlich Abstand genommen werden. Das positive Feedback der Teilnehmer und der Wiederhall in den Medien bestätigte den Erfolg der Veranstaltung und unterstrich die etablierte Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung als Forum internationaler Debatten vor Ort.

AUSWIRKUNGEN DER INTERNATIONALEN FINANZKRISE AUF WESTAFRIKA



V.l.n.r.: Präsident der CAR, Paul Apevon; Koordinator der jungen UPADD-Westafrika, Athanase Boudo; Leiter des KAS-Regionalprogramms, David Robert; Vize-Präsident der CAR, Ouro-Bossi Tchaccondoh

Parteinachwuchs diskutiert Herausforderungen und Chancen der Sozialen Marktwirtschaft

Ende des Jahres 2008 traf sich auf Einladung der KAS der Parteinachwuchs der jungen UPADD in Lomé, um gemeinsam mit Experten die Folgen der internationalen Finanzkrise für die Westafrikanische Währungsunion zu diskutieren. Experten und Teilnehmer waren sich darin einig, dass die aktuelle Krise eine Chance für die Anwendung der Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in den Ländern Westafrikas bietet. Wirtschaftliche Themen finden in Westafrika nur selten

Einzug in die politische Debatte. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Ausgangslage in der Region ist es jedoch umso wichtiger, dass die politischen Vertreter über ausreichende Wirtschaftskompetenz verfügen. Da die Region nur schwach in den globalen Finanzmarkt eingebunden ist, werden die Folgen der Finanzkrise eher mittelbar sein. Viele Länder sind wirtschaftlich abhängig vom Rohstoffexport und durch sinkende Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt könnte es zum Einbruch des Wirtschaftswachstums kommen. Auch ist ein Rückgang der Kapitalflüsse und der Entwicklungsfinanzierung seitens der Industrieländer zu erwarten.

Die internationale Finanzkrise trifft inzwischen auch die Schwellenländer mit voller Härte und erfordert eine ordnungspolitische Neuorientierung.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG



WACHSTUM UND VERANTWORTUNG

DIE POSITIONIERUNG DER SCHWELLENLÄNDER IN EINER GLOBALEN ORDNUNGSPOLITIK

Seit längerer Zeit schon beschäftigt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer internationalen Zusammenarbeit mit der Frage der Einbindung der großen Schwellenländer in eine globale Ordnungspolitik. Mitte Februar 2009 fand in Berlin zu diesem Themenkomplex eine international besetzte Fachkonferenz statt, die sich mit der Rolle der großen Schwellenländer Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika – den sogenannten G5-Staaten – in den Strukturen der Global Governance auseinandersetzte.

Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und G8-Sherpa, eröffnete die Konferenz. Er betonte die Bedeutung des von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel 2007 initiierten Heiligendamm-Prozesses als Dialogformat der G8 mit den G5 zur besseren Abstimmung weltweiter Politikansätze.

Gerade die internationale Finanzkrise und die globale Rezession stellen die Notwendigkeit dieser verstärkten Kooperation nun deutlich unter Beweis. Wissenschaftler und politische Vertreter aus den G5-Staaten, darunter der indische Parlamentsabgeordnete Sachin Pilot, die indische Botschafterin Meera Shankar sowie der ehemalige Botschafter Brasiliens in Washington, Berlin und Peking, Roberto Abdenur, diskutierten intensiv die Rolle der G5-Staaten in internationalen Organisationen und informellen Gremien und betonten die Notwendigkeit der Einbindung und intensiven Kooperation zwischen Industrienationen und Schwellenländern. Die von den Teilnehmern geäußerte Einschätzung, dass eine solche Diskussion noch vor wenigen Jahren sicherlich kontroverser verlaufen wäre, zeigte den Bewusstseinswandel zur Rolle dieser bedeutsamen Nationen deutlich.

Die Publikation „Growth and Responsibility – The Positioning of Emerging Powers in the Global Governance System“ fasst Berichte und Analysen aus den G5-Staaten Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika zur Positionierung dieser wichtigen Schwellenländer in den Strukturen der Global Governance zusammen. Bezug: publikationen@kas.de.

INDISCHE PERSPEKTIVEN ZUR FINANZMARKTKRISE

INTERNATIONALE KONFERENZ ANALYSIERT MÖGLICHE ORDNUNGSPOLITISCHE KONSEQUENZEN

Die indischen Erwartungen an das Treffen der Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten im April 2009 in London sind hoch. Indiens Wirtschaftsexperten erhoffen sich spürbare Impulse von dem Gipfel. Die Regulierung der internationalen Finanzmärkte und strukturelle Veränderungen der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft stehen auf der Wunschliste. Auf diese Weise soll die Krise gelöst werden, die inzwischen auch Indien mit voller Härte trifft.

Im Rahmen einer internationalen Konferenz kamen in Neu Delhi auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des indischen Wirtschaftsforschungsinstituts ICRIR im Februar 2009 Experten aus Indien, Deutschland und Japan zusammen, um mögliche Lehren und Auswege aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu diskutieren. Indiens Finanzsektor ist nur in Teilen privatisiert. Die Banken sind im Vergleich zu anderen

Weltregionen nicht in gleichem Ausmaß in Spekulationen verwickelt. Allerdings leidet der Dienstleistungssektor als Träger

des indischen Aufschwungs ganz erheblich unter der einbrechenden Nachfrage aus Europa und den USA. Zur Lösung der Situation, so der Tenor der Konferenz, ist ein global wirksames Konzept zu finden, das den Einzelstaaten individuelle Handlungsspielräume eröffnet, um die Krise zu meistern. Es gelte, die liberalen Wirtschaftsmärkte zu verteidigen, aber gleichzeitig dort mehr Regulierung und Kontrolle Einzug halten zu lassen, wo sich die Epizentren der Krise befänden. Dazu werden insbesondere der Bankensektor, die Versicherungswirtschaft und die Rating-Agenturen gezählt.



Der Weg aus der Krise führe über eine stärkere Regulierung des Bankensektors – eine Auffassung, die Ravi Kumar, ICRIR, Bernd Mützelburg, Deutscher Botschafter in Indien und Ashok Chawla, ind. Finanzministerium teilten (von links).

Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität – mit diesen drei fundamentalen Prinzipien beschäftigten sich 25 Teilnehmer aus zwölf lateinamerikanischen Ländern aus Anlass des Diplomados „Soziale und Ökologische Marktwirtschaft“. Der im Januar 2009 durchgeführte Kurs wurde von der KAS in Chile in Zusammenarbeit mit der Universidad Miguel de Cervantes in Santiago de Chile durchgeführt. Es konnten hochrangige chilenische Referenten aus Politik und Wirtschaft für diese Maßnahme gewonnen werden, u.a. Wirtschaftsminister Hugo Lavados Montes, Finanzminister Andrés Velasco Brañes, des weiteren Mauricio Jelvez Maturana, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales sowie der frühere Präsident der chilenischen Zentralbank, Roberto Zahler. Auf dem Lehrplan standen allerdings nicht nur die theoretischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, sondern auch deren praktische Elemente sowie die gegenwärtigen Herausforderungen durch die internationale Finanzkrise. Höhepunkt des Kurses war eine Begegnung mit dem ehemaligen chilenischen Staatspräsidenten Don Patricio Aylwin Azocar, der den Kursteilnehmern noch einmal eingehend den schwierigen Übergang Chiles zur Demokratie Ende der 1980er Jahre erläuterte und in diesem Zusammenhang die Verdienste der chilenischen Christdemokratie im Hinblick auf den politischen Konsolidierungsprozess hervorhob.



Winfried Jung (rechts), Repräsentant der KAS in Chile, überreicht einem Teilnehmer sein Diplom.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT „AUF TOUR“ IN DER ARABISCHEN WELT

Die Soziale Marktwirtschaft findet zunehmend Anklang in der arabischen Welt. Bei der Vorstellung der neuen arabischen Übersetzung des „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“ in Kairo und Ramallah zeigten sich angesichts der aktuellen Finanzkrise rund 200 Teilnehmer aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien interessiert am deutschen Wirtschaftsmodell. Bei der Buchvorstellung in Kairo bezeichnete der Mitautor des Lexikons Prof. Dr. Nils Goldschmidt die Soziale Marktwirtschaft in Anlehnung an Ludwig Erhard als „freies Spiel mit klaren Regeln“. In Ramallah schlug Prof. Dr. Marcus Marktanner

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY IN DER GOLFREGION

Links: Mohamed Rashed Al Hameli, Generaldirektor der Abu Dhabi Chamber of Commerce and Industry und Vorstandsmitglied des Abu Dhabi Council for Economic Deve-

lopment, führte in die Konferenz ein. Mitte und rechts: Der deutsche Botschafter bei den Vereinigten Arabischen Emiraten, Klaus-Peter Brandes, und Dr. Peter Göpf- rich, Leiter der AHK Dubai, unterstrichen in ihren Grußworten den passenden Zeitpunkt für die Konferenz.



Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird ab dem Frühsommer 2009 mit einem eigenen Auslandsbüro in Abu Dhabi ihre Aktivitäten in der Golfregion ausbauen. Im Vorfeld der Büroeneröffnung führte die KAS im November 2008 eine Konferenz zum Thema „Globalisierung gestalten – Wettbewerb bestehen – Werte schaffen: Herausforderung Corporate Social Responsibility“ in den Vereinigten Arabischen Emiraten durch. Partner der Konferenz waren das Abu Dhabi Council for Economic Development sowie die Auslandshandelskammer Dubai. Angesichts der steigenden Investitionen und der Herausforderung, das immense Wachstum vor Ort nachhaltig zu gestalten, stellt sich die Frage der sozialen Verantwortung für die Golfregion mit großer Dringlichkeit. Erste Ansätze des Konzepts CSR sind bereits in der Region identifizierbar. Die damit verbundenen Fragestellungen und Möglichkeiten für konkretes Handeln wurden auf der Konferenz in Abu Dhabi vorgestellt und diskutiert.



Von links: Dr. Andreas Jacobs, Vertreter der KAS in Ägypten, Prof. Nils Goldschmidt, Universität der Bundeswehr München/Walter Eucken Institut Freiburg, Prof. Dr. Ismail Osman, Vize-Präsident der Osman Group, Kairo, Dr. Ibrahim Fawzy, ehem. Industrieminister, Michael Däumer, Vertreter der KAS in Jordanien

von der American University of Beirut den Bogen zur Weltfinanzkrise: Eine Ursache für die Krise liege darin, dass viele Länder den Wettbewerb fördernden, staatlichen Ordnungsrahmen nicht im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet hätten. Teure Finanzpakete zur Rettung von Banken und Unternehmen könnten durch eine Rückbesinnung auf die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft künftig verhindert werden. Für das Jahr 2009 hat die KAS in Amman das Thema „Soziale Marktwirtschaft“ als Schwerpunkt ihrer entwicklungspolitischen Arbeit festgelegt. Mit zahlreichen Veranstaltungen im Libanon und Jordanien sowie einem Forum zur Ausarbeitung eines neuen Wettbewerbsrechts für Jordanien wirbt die KAS für „Wohlstand für Alle“ in der arabischen Welt.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den wichtigsten Zielen der internationalen Stiftungsarbeit.

RECHTSSTAAT



6. INTERNATIONALE KAS-VÖLKERRECHTSKONFERENZ

Zweien der wichtigsten Ziele der bilateralen und multilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, nämlich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, widmete die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre 6. Internationale Völkerrechtskonferenz. Sie fand am 19./20. November 2008 auf dem Bonner Petersberg statt.

Nachdem die Demokratieeuphorie in vielen Ländern verflogen ist, haben sich die Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren erheblich verändert. Einige Regionen wie China, die meisten Staaten Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens haben sich demokratischen Reformbestrebungen nur sehr bedingt geöffnet oder sich ihnen von vornherein verweigert. Auch in Zentralasien ebenso wie etwa im nördlichen Südamerika sind Rückschritte bei der Verwirklichung der demokratischen und politischen Freiheitsrechte der Bürger festzustellen.

Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion über das Verhältnis zwischen Demokratie- und Rechtsstaatsförderung neu entflammt. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob die Einführung oder Förderung des Rechtsstaats in den Empfängerländern zeitlich vor der

Demokratisierung erfolgen soll, der Rechtsstaat also unverzichtbare Voraussetzung für die Demokratie, jedoch nicht die Demokratie für den Rechtsstaat ist, oder ob ein zwingender interner Zusammenhang zwischen Rechtsstaat und Demokratie besteht, mithin das eine das andere bedingt und keines der beiden Ideale isoliert erreichbar ist.

Auf der Grundlage eines beim Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg in Auftrag gegebenen umfassenden Fragebogens haben neun Experten aus dem Umfeld der weltweiten Rechtsstaatsprogramme der KAS in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa fundierte Länderberichte zu der oben aufgeworfenen Fragestellung erarbeitet und diese im Lauf der Tagung vor- und zur Diskussion gestellt. Diese sind im Internet unter <http://www.kas.de/wf/de/33.15679/> abrufbar.

Eröffnet wurde die Fachtagung mit einem Grußwort des Stellvertretenden Generalsekretärs der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Gerhard Wahlers und einem Vortrag des Außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Eckart von Klaeden MdB.

V.l.n.r.: PD Dr. Rainer Grote, LL.M., Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg; Prof. Dr. Andres D. Bautista, LL.M. (Harvard), Dekan der Rechtsfakultät, Far Eastern University, Manila; Prof. Dr. Jesús M. Casal, Dekan der Rechtsfakultät, Katholische Universität Andrés Bello, Caracas; Dr. Jan Woischnik, Koordinator Rechtsstaat, Konrad-Adenauer-Stiftung; Prof. Dr. Abdul-Monem Al-Mashat, Universität Kairo

ASIATISCHE VERFASSUNGSRICHTERVEREINIGUNG WIRD BALD GEGRÜNDET

Das Rechtsstaatsprogramm der KAS in Asien lädt die Verfassungsgerichte der Region jährlich zu einem Verfassungsrichtertreffen ein. Dabei war mehrfach auch der Präsident der Europäischen Konferenz der Verfassungsgerichte, der litauische Verfassungsgerichtspräsident Egidijus Kūris, zugegen.

Inzwischen verabredeten die Richter, eine Vereinigung asiatischer Verfassungsgerichte zu gründen. Beim jüngsten Treffen in Seoul manifestierten sie diese Absicht in einem von vier Gerichten unterzeichneten Memorandum und bildeten ein Vorbereitungskomitee, welches die Statuten für die zu gründende Organisation ausarbeiten und bei anderen Gerichten um deren künftige Mitwirkung werben soll. Einstimmig wurde der

koreanische Verfassungsrichter Dong-Heub Lee zum Vorsitzenden dieser Arbeitsgruppe berufen. Nach gründlicher Vorbereitung und großem Engagement des koreanischen Verfassungsgerichts und Richter Lee persönlich, konnte das Komitee die Statuten bis auf wenige Punkte einvernehmlich entwerfen. Die noch offenen Punkte (ständiges Sekretariat und die Finanzausstattung) sollen in der für Mitte Mai geplanten Sitzung des Komitees ebenfalls abschließend beraten werden. Beim nächsten KAS-Verfassungsrichtertreffen, das im September 2009 in Ulan Bator (Mongolei) stattfinden wird, soll dann die Vereinigung Asiatischer Verfassungsgerichte offiziell ins Leben gerufen werden.



Mitglieder des Vorbereitungskomitees beim koreanischen Verfassungsgericht



Vilma Cecilia Morales Montalbán, Präsidentin des Obersten Gerichtshofs von Honduras, hält eine Rede. Am Tisch sitzen (v.l.n.r.): Rudolf Huber, Leiter des Rechtsstaatsprogramms in Lateinamerika; Sandra Cueva de Hernández, Gobernadora política del departamento de Cortés (San Pedro Sula); Carlos Alberto Gómez Moreno, Vorsitzender des Verfassungs-senats des Obersten Gerichtshofs von Honduras

VERFASSUNGSGERICHTSBARKEIT ZWISCHEN RECHT UND POLITIK

Zum 15. Mal hat das Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika die lateinamerikanischen Verfassungsgerichte zu einer Fachtagung eingeladen. Im Oktober 2008 trafen sich Verfassungsrichter und herausragende Verfassungsrechtsexperten aus 15 Ländern zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch in der honduranischen Stadt San Pedro Sula.

Unter dem Motto „Politische Herausforderungen für die Verfassungsgerichtsbarkeit“ wurden verschiedene Themenfelder debattiert, die das Spannungsfeld zwischen Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik zum Gegenstand hatten. Aufgrund ihrer herausragenden Stellung im Verfassungsgefüge als letztinstanzliche Spruchkörper in Fragen der Verfassungsauslegung, mit Bindungswirkung für die anderen Staatsgewalten, bleiben die Versuche der politischen Kräfte nicht aus, Einfluss auf die Verfassungsgerichte und deren Entscheidungen zu nehmen. Aber auch die Verfassungsrichter selbst üben politischen Einfluss aus, da sie Parlamentsgesetze und Regierungsentscheidungen revidieren können und dabei häufig die Frage zu entscheiden haben, inwieweit sie in den Ermessensspielraum des Gesetzgebers oder der Exekutive eingreifen können.

Als wichtigste politische Herausforderung für die Verfassungsgerichtsbarkeit wurden die Staats- und Verfassungsreformen angesehen, die in einigen Ländern Südamerikas in jüngster Zeit zu einer völligen Neuordnung des Staatswesens geführt haben. Dass dies häufig zu Lasten der Unabhängigkeit der Verfassungsgerichte geschieht, erklärte der ehemalige bolivianische Verfassungsrichter José Antonio Rivera Santivañez am Beispiel der Entwicklung in Bolivien, die zu einer faktischen Auflösung des Verfassungsgerichts geführt habe. Er selbst musste auf massiven Druck der Regierung zurücktreten. Unter anderem war er Berichterstatter in einem Verfahren gegen eine Beamtin gewesen, die man unter Verletzung des Rückwirkungsverbots für Amtshandlungen verurteilt hatte, die später von der Regierung unter Strafe gestellt worden waren. Da das bolivianische Verfassungsgericht das zugrundeliegende Gesetz als verfassungswidrig verworfen hat, ging die Staatsanwaltschaft nunmehr gegen die Richter selbst vor. Noch heute sind Strafverfahren wegen Rechtsbeugung gegen die ehemaligen Verfassungsrichter anhängig.

In diesem Zusammenhang wies der Berliner Verfassungsrechtsprofessor und ehemalige Bundesminister Dr. Rupert Scholz darauf hin, dass eine Verfassung ihre Stärke aus ihrer Beständigkeit schöpfe. Eine Instrumentalisierung der Verfassung zur Verfolgung kurzfristiger politischer Ziele habe unweigerlich eine politische Instabilität zu Folge, mit allen daraus resultierenden Konsequenzen einer mangelnden Rechtsverbindlichkeit. In den Ländern Lateinamerikas, die sich immer wieder neue Verfassungen geben, trifft diese Aussage in besonderem Maße zu. Daher bleibt es das wichtigste Ziel des Rechtsstaatsprogramms, zur Entstehung einer Verfassungsrechtskultur beizutragen, für die eine unabhängige Verfassungsgerichtsbarkeit unverzichtbar ist.

Das 16. Lateinamerikanische Verfassungsrichtertreffen wird 2009 im kolumbianischen Cartagena de Indias stattfinden.

Mehr Informationen finden Sie unter:

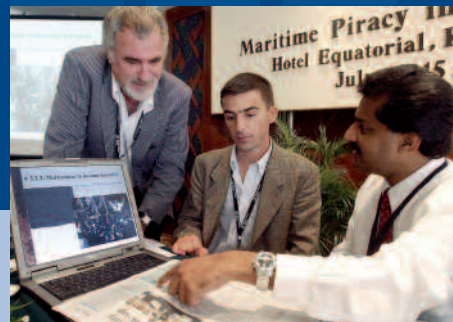
http://www.kas.de/proj/home/events/14/4/year-2008/month-10/veranstaltung_id-31237/index.html

+ + + KURZMELDUNG + + +

Ehrung für Colombo Campbell

Als Mitglied des Kuratoriums der KAS übernahm Prof. Dr. Rupert Scholz die Aufgabe, den chilenischen Verfassungsgerichtspräsidenten Juan Colombo Campbell mit der Konrad-Adenauer-Medaille auszuzeichnen, als Dank für dessen langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Rechtsstaatsprogramm der KAS in Lateinamerika. Bei bislang fünfzehn Verfassungsrichtertreffen hat er sich als besondere Integrationsfigur und wertvoller Partner verdient gemacht, nicht zuletzt auch als Gastgeber des 10. Verfassungsrichtertreffens im Jahre 2003 in Chile.





„ZU EINER FUNKTIONIERENDEN DEMOKRATIE GEHÖREN FREIE UND UNABHÄNGIGE MEDIEN.“

Werner vom Busch, Leiter des Medienprogramms Asien, geht zum 1. April 2009 in den Ruhestand. Bereits vor 29 Jahren hat er für die KAS Medienförderung betrieben. Zunächst war vom Busch ab 1980 in Papua-Neuguinea und auf den Fidschi-Inseln im Einsatz. Nach seiner Rückkehr arbeitete er in Deutschland als Ressortleiter und Chefredakteur bei mehreren Tageszeitungen, u.a. bei „Die Welt“. Seit November 2003 leitete er das Medienprogramm Asien mit Sitz in Singapur.

Wie hat die KAS vor rund 30 Jahren Medienförderung betrieben?

So systematisch wie heute wurde Medienförderung Anfang der 80er Jahre noch nicht betrieben. Ein heimischer Verlag wollte damals in Papua Neuguinea eine Zeitung auf Englisch herausbringen. Mit Hilfe der KAS entstand dann die „Times of Papua New-Guinea“, die erste Wochenzeitung des Landes, die nicht in ausländischer Hand war. Daneben war ich vor allem in der Aus- und Fortbildung der jungen Kollegen tätig. In Fidschi arbeitete ich als Dozent für den Journalistenverband und für die „University of the South Pacific“ in Suva.

Wissen Sie, was aus den damaligen Projekten geworden ist?

Die „Times of Papua New-Guinea“ wurde nach einigen Jahren eine Tageszeitung und erhielt 1989 die Auszeichnung „Best newspaper in the South Pacific“. Heute erscheint sie unter anderem Namen. Nachdem die KAS ihr Büro auf den Fidschi 1995 aufgab, wurde die Journalistenausbildung von einheimischen Dozenten fortgeführt.

Was unterscheidet den damaligen Ansatz von heutigen Projekten? Wo gibt es Kontinuität?

Der große Unterschied liegt in der Systematik. Heute hat die KAS Medienprogramme in Südosteuropa, Asien, Lateinamerika und in Subsahara-Afrika. Damals gab es nur vereinzelt Medienprojekte. Während wir die „Times of Papua New-Guinea“ als Partnerprojekt betrieben, führt die KAS heute vor allem Eigenmaßnahmen durch. Dadurch wird das Profil der KAS

deutlicher. Die Kontinuität liegt in unserem Motiv: Damals wie heute sind wir davon überzeugt, dass zu einer funktionierenden Demokratie freie und unabhängige Medien gehören.

Welche Schwerpunkte hat das Medienprogramm Asien heute?

Ich möchte nur drei nennen: Erstens das „Asian News Network“ (ANN). Dies ist ein Nachrichtenpool, dem 20 Zeitungen aus ganz Asien angehören. Sie tauschen täglich bis zu hundert Berichte untereinander aus. Hier bin ich als „Advisor to the Board“ tätig. Der ANN-Vorstand hat mich 2008 zum lebenslangen Berater ernannt – eine große Ehre, über die ich mich sehr gefreut habe. Zweitens das „Konrad Adenauer Asian Center for Journalism“ in Manila: Dies ist ein Partnerprojekt, das sich mit der Fortbildung von Journalisten in der Region befasst. Bahnbrechend ist hier vor allem das MA-Journalism-Program: Ein Online-Studium, durch das bereits arbeitende Journalisten binnen zwei Jahren einen Master-Abschluss erwerben können. Drittens das „Asian European Editors Forum“. Dort treffen sich führende asiatische und europäische Journalisten zum Meinungsaustausch über aktuelle politische Fragen, die beide Kontinente betreffen.

Auf welches Ihrer Projekte sind Sie besonders stolz?

Auf den ANN und die Entwicklung, die er in den vergangenen fünf Jahren genommen hat. 2003 hatte er 12 Mitglieder, heute hat er 20. Wir geben inzwischen ein wöchentliches Magazin heraus und kooperieren mit der dpa. Daneben bin ich stolz auf die mittlerweile ganz Asien umfassende Klientel des „Konrad Adenauer Asian Center for Journalism“ und die zahlreichen guten Kontakte zu ehemaligen Absolventen.

Welche Zukunft hat die Medien- und Meinungsfreiheit in Asien?

Im Zeitalter des Internets ist die Meinungs- und Medienfreiheit nicht aufzuhalten. Die Gefahren für die Qualität der Medien lauern jedoch in ökonomischen Zwängen. Sie könnten dazu beitragen, ernste Themen und Inhalte zu reinem Infotainment zu verwässern.

Links: Vom Busch im Gespräch mit Mitgliedern des ANN-Vorstands und dem dpa-Geschäftsführer Michael Segbers

Rechts: Werner vom Busch im Einsatz bei einem Fortbildungsworkshop für Journalisten

Das KAS-Medienprogramm fördert die Qualität der Berichterstattung durch Qualifizierungsmaßnahmen und nationenübergreifende Kursangebote für Journalisten.

MEDIEN

DEUTSCH-PALÄSTINENSISCH-ISRAELISCHE JOURNALISTENAKADEMIE

Rechts: 15 Nachwuchsjournalisten aus Deutschland, Israel und den Palästinensischen Gebieten entwickelten ein länderübergreifendes Print-Magazin.

Im November 2008 veranstalteten die KAS-Büros in Jerusalem und Ramallah gemeinsam mit der journalistischen Nachwuchsförderung der KAS und dem Deutschen Entwicklungsdienst eine deutsch-palästinensisch-israelische Journalistenakademie. 15 Nachwuchsjournalisten aus allen drei Nationen wurden für das ambitionierte Projekt zum Dialog im Nahen Osten ausgewählt.

Unter Anleitung des KAS-Referenten Jochen Markt und des Redakteurs vom Rheinischen Merkur, Jan Kuhlmann, arbeiteten sie als gemeinsame Redaktion an einem Magazin zum Thema „Bridging Historical Narratives – Building A Joint Future“. Dabei recherchierten die jungen Journalisten in bi-nationalen Teams eine breite Themenpalette: Von der Kunst an der israelischen Sperranlage in den Palästinensergebieten, über Deutsche im Heiligen Land bis hin zur Bedeutung des Hummus in den Gesellschaften des Nahen Ostens. Ausgewählte Artikel wurden ins Deut-



sche übersetzt und kurz vor Weihnachten in einer Spezialbeilage des Rheinischen Merkurs veröffentlicht. Das Magazin erschien Ende Februar 2009.

Die positive Dynamik innerhalb der Gruppe ermöglichte es den Teilnehmern, sich konstruktiv mit ihren eigenen Biographien und ihrer persönlichen Rolle im Konflikt auseinanderzusetzen und eine neue Sichtweise auf die komplexe Realität und die verschiedenen Facetten des Nahostkonflikts zu erlangen. Gerade für die israelischen und palästinensischen Teilnehmer stellte die neuntägige Akademie eine seltene Möglichkeit dar, junge Kollegen kennen zu lernen, sich auszutauschen und so das gegenseitige Wissen um die Lebenssituation des „Anderen“ zu erweitern.

SONDERPREIS FÜR MEDIENPROGRAMM SÜDOSTEUROPA



V.l.n.r.: Dr. Vladimír Zlatarský, Sneshinka Blagoeva, Dr. Christiana Christova (KAS-Medienprogramm), Nevena Pramatarova (Moderatorin der Preisverleihung), Dr. Dirk Förger (Leiter Medienprogramm KAS)

Anlässlich des 74. Gründungstages des Bulgarischen Nationalen Rundfunks erhielt das KAS-Medienprogramm Südosteuropa am 26. Januar 2009 im Rahmen einer feierlichen Zeremonie einen Sonderpreis. Die Ehrung wurde live auf den beiden nationalen sowie sechs regionalen Frequenzen ausgestrahlt. Mit der Auszeichnung würdigte die Rundfunkanstalt das Engagement des Medienprogramms „zur verbesserten fachlichen Qualifikation von Journalisten“ und der „Weiterentwicklung des Rundfunks in Bulgarien“. Das Medienprogramm hatte das Funkhaus bei der Modernisierung seines Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramms für Journalisten unterstützt.

KOSOVO UND SEINE NACHBARN

Um eine öffentliche Debatte über die Mediensituation im Kosovo zu starten, lud das KAS-Medienprogramm Südosteuropa gemeinsam mit dem „South East European Network for Professionalization of the Media“ und dem „Kosovo Media Institute“ am 15. Dezember 2008 Journalisten und Medienexperten sowie Vertreter von EU und OSZE zu einer gemeinsamen Tagung in Pristina ein. Das Echo war überraschend hoch – was sowohl die Teilnehmerzahl als auch die Berichterstattung in den Medien betraf. Besonders positiv aufgenommen wurde ein Buch, das zuvor während einer gemeinsamen Veranstaltung in Skopje erarbeitet worden war: Es hat die Berichterstattung über den Kosovo aus Sicht anderer Länder der Region als Schwerpunkt. Weitere Themen waren die regulatorischen Bedingungen im Kosovo, ausländische Investitionen im Medienbereich und die Übertragbarkeit von Erfahrungen aus den Nachbarländern.



Ausgewählte Veranstaltungen

KAS-PANORAMA



AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** 1 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 2 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 3 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 4 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 5 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 6 Kolumbien, Bogotá 7 Ecuador, Quito (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Indigenas) 8 Peru, Lima 9 Bolivien, La Paz 10 Chile, Santiago 11 Brasilien, Rio de Janeiro 12 Brasilien, São Paulo 13 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) 14 Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Lateinamerika Süd) 15 Italien, Rom 16 Spanien, Madrid 17 Frankreich, Paris 18 Frankreich, Paris 19 Spanien, Madrid 20 Italien, Rom 21 Estland, Tallinn 22 Lettland, Riga 23 Litauen, Vilnius (Auslandsbüro und Verbindungsbüro für Weißrussland) 24 Polen, Warschau 25 Ungarn, Budapest 26 Slowakei, Bratislava 27 Slowakei, Bratislava 28 Slowakei, Bratislava 29 Slowakei, Bratislava 30 Ukraine, Kiew 31 Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 32 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 33 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 34 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 35 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 36 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 37 Senegal, Dakar 38 Ghana, Accra 39 Benin, Cotonou (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 40 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 41 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 42 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 43 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 44 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 45 Nigeria, Abuja (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) 46 Mosambik, Maputo 47 Malawi, Lilongwe 48 Simbabwe, Harare 49 Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) 50 Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) 51 Tunesien, Tunis 52 Ägypten, Kairo 53 Israel, Jerusalem 54 Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah 55 Jordanien, Amman 56 Türkei, Ankara 57 Türkei, Ankara 58 Türkei, Ankara 59 Türkei, Ankara 60 Türkei, Ankara 61 Afghanistan, Kabul 62 Pakistan, Islamabad 63 Indien, Neu Delhi 64 VR China, Peking und Shanghai 65 VR China, Peking und Shanghai 66 Mongolei, Ulaanbaatar 67 Singapur, Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat) 68 Indonesien/Ost-Timor, Jakarta



Die Globalisierung ist eine Herausforderung für unser Wertefundament. (...) Ihre Dynamik bedarf eines ethischen Rahmens. Das Begriffspaar „Menschenwürde und Menschenrechte“ kann hierfür ein Wegweiser sein (Positionspapier der KAS, Rom, 13. Februar 2009).

MENSCHENRECHTE

FÜR EINE MENSCHENGERECHTE GLOBALISIERUNG

Mit einem Symposium zum Thema „Menschenrechte und Menschenwürde in der Globalisierung“ hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Repräsentanz in Rom am 13. Februar 2009 offiziell eröffnet.

An der Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der katholischen Gemeinschaft Sant'Egidio nahmen zahlreiche Experten aus Deutschland und Italien teil, unter anderem der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und Ministerpräsident a.D., Bernhard Vogel, der Gründer von Sant'Egidio, Andrea Riccardi, der Sekretär des Päpstlichen Migranten-Rates, Erzbischof Agostino Marchetto sowie der Vizepräsident der italienischen Abgeordnetenversammlung, Rocco Buttiglione.



Sollte es nicht gelingen, die Globalisierung in geordnete Bahnen zu lenken, könne dies zu einer Frage von Krieg und Frieden werden, mahnte der Leiter der neuen römischen Repräsentanz der Adenauer-Stiftung und ehemalige Gene-

ralsekretär, Wilhelm Staudacher. Die Schaffung neuer weltweiter Ordnungen stelle eine entscheidende Herausforderung für die Zukunft dar. Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, ermutigte die europäischen Staaten darin, „Wegweiser“ zu sein und sich für eine „menschengerechtere Globalisierung“ einzusetzen. Europa müsse „unmissverständlich auf die Einhaltung der Menschenrechte pochen“. Die Verteidigung der Menschenrechte weiche oftmals staatlichen Eigeninteressen, beklagte auch der diesjährige Karlspreisträger und Begründer von Sant'Egidio, Andrea Riccardi. Wertmaßstäbe gerieten ins Wanken.

Das zentrale Motiv: „Den Menschen in den Mittelpunkt stellen“, wurde unter der Moderation von Michael Borchard, Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung, KAS Berlin, u.a. von dem Sozialethiker Martin Honnecker, dem Wirtschaftswissenschaftler Franz Josef Radermacher, dem Europaabgeordneten Michael Gah-

ler und dem ehemaligen österreichischen Nationalratspräsidenten Andreas Khol diskutiert.

Der Nachmittag war einem besonderen und grundlegenden Menschenrecht gewidmet: der Religionsfreiheit. Ihre Möglichkeiten und Grenzen wurden unter der Gesprächsleitung von Frank Spengler, stellv. Hauptabteilungsleiter INT, KAS Berlin, erörtert – u.a. von Maria Rita Saulle, Richterin am Italienischen Verfassungsgericht, Pater Felix Körner, Dozent an der Päpstlichen Universität Gregoriana, dem Philosophen Sebastiano Maffettone sowie dem Bischof für Auslandsbeziehungen der EKD, Martin Schindehütte. Zum Abschluss der Konferenz verabschiedete die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Positionspapier zum Thema.



Prof. Vogel im Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone und dem deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl, Hans-Henning Horstmann

Bild links: Prof. Bernhard Vogel, Wilhelm Staudacher, Prof. Andrea Riccardi

„GELTEN MENSCHENRECHTE UNIVERSAL?“

60 JAHRE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

Am 10. Dezember 2008 wurde die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ sechzig Jahre alt. Aus diesem Anlass hat die KAS am 2. Dezember vergangenen Jahres Experten des Menschenrechtsschutzes zu einer Podiumsdiskussion in Berlin eingeladen. Erörtert wurde die entscheidende

Frage der Universalität der Menschenrechte – angesichts neuer Akteure auf der weltweiten politischen Bühne wird sie immer wieder in Zweifel gezogen. In seiner Begrüßung hob der stellv. Generalsekretär der KAS, Gerhard Wahlers, die grundlegende Bedeutung des Universalitätsbegriffs für die Durchsetzung der Menschenrechte hervor. Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Günter Nooke, bezeichnete die Universalität ebenfalls als „Kernfrage der Menschenrechte“. Gleichzeitig warnte er davor, sie durch einen zu breiten Katalog an Forderungen zur Leerformel verkommen zu lassen. Zustimmung gab es von Dieter Grimm, Professor für Öffentliches Recht und Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D., sowie von Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn. Der universale Anspruch dürfe außerdem nicht durch „kulturelle Besonderheiten“ aufgeweicht werden. Beispiele aus der Praxis brachten nicht nur NGO-Vertreter und Vorstandsmitglied der Vereinten Evangelischen Mission, Jochen Motte, sondern auch die Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International und Moderatorin des Abends, Barbara Lochbihler, ein. Zahlreiche Fragen aus dem Publikum rundeten die Debatte ab.



**„Die Kirche hat nicht nur eine Sozialethik:
Sie ist eine Sozialethik.“
(Bischof Josef Homeyer bei der KAS)**

WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

SOZIALLEHRE DER ORTHODOXEN KIRCHEN – MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

FACHGESPRÄCH IN DER AKADEMIE DER KAS IN BERLIN

Die griechisch-orthodoxen Vertreter Prof. Stylianos Tsompanidis, Prof. Athanasios Vletsis und Prof. Alexandros Papaderos im Gespräch (v.l.n.r.)

Die orthodoxen Kirchen kennen traditionsbedingt keine systematisch ausformulierte Soziallehre – etwa im Sinne der katholischen Soziallehre oder evangelischen Sozialethik. Deren Bedeutung wird jedoch zunehmend erkannt. Die Offenheit und Bereitschaft, das eigene Verhältnis zu Staat und Gesellschaft zu reflektieren und sich zu Fragen der Zeit zu positionieren, wächst.

Erstmals hat die Russisch-Orthodoxe Kirche im August 2000 Stellung bezogen und ihre Ansichten zu Papier gebracht. Diesen Ansatz will das Sektorreferat „Werte und Religion“ der KAS Berlin weiterverfolgen und für alle orthodoxen Kirchen anregen: Mit der Gründung eines Gesprächskreises ist das Ziel gesetzt, die Kirchen untereinander in einen Dialog zu bringen, um Möglichkeiten und Grenzen auch gemeinsamer Lehren auszuloten.

Aus ganz Ost- und Südosteuropa sowie aus Griechenland und Deutschland trafen sie ein: orthodoxe Theologen und kirchliche Würdenträger aus Rumänien, Bulgarien, Serbien, Mazedonien, Russland, Weißrussland

und der Ukraine, um am 20. November 2008 bei einem Fachgespräch der KAS darüber zu beraten. Unter den

Teilnehmern befanden sich u.a. der Leiter des Außenamtes der russisch-orthodoxen Kirche, Erzpriester Vsevolod Chaplin, der Leiter der orthodoxen Akademie auf Kreta und Vertreter des ökumenischen Patriarchats, Prof. Alexandros Papaderos, sowie von katholischer Seite der Bischof em. von Hildesheim, Dr. Josef Homeyer, und der Orthodoxie-Experte der KAS, Prof. Rudolf Uertz. Der Auftakt war vielversprechend. Das Vorhaben erfuhr große Resonanz und wurde von beachtlichem Engagement begleitet. In konstruktiver und ergebnisorientierter Atmosphäre wurde das Themenfeld besprochen und eine Arbeitsagenda festgelegt. In orthodox geprägten Ländern ist die Bindekraft der Kirchen noch ungebrochen. Eine gemeinsame orthodoxe Soziallehre wäre von großer Bedeutung und hätte maßgebliche Wirkung in die Gesellschaft hinein.



+ + + KURZMELDUNG + + +

Erzbischof Dr. Ludwig Schick und Bischof Martin Schindehütte im Dialog

Welche Werte sind für die Entwicklungspolitik der kommenden Jahre relevant und bindend? Und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit? Zu diesen Fragen fand am 16. Januar 2009 in der Akademie der KAS ein Expertengespräch mit Politikern, Wissenschaftlern und führenden Repräsentanten der Kirchen statt.



+ + + KURZMELDUNG + + +

„Georgische Wege zu einer Kultur des Friedens“

Der Kaukasus ist eine Region schwelender Konflikte. Nach der gewaltsamen Eskalation im Sommer letzten Jahres sind Maßnahmen zur Friedensförderung dringlicher denn je. In einem Workshop „Georgische Wege zu einer Kultur des Friedens“ am 4. Dezember 2008 entwickelte das KAS-Regionalprogramm „Politischer Dialog Südkaukasus“ einen neuen Arbeitsansatz zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Im interreligiösen Dialog sollten friedensbejahende Verhaltensweisen, Denkmuster und Werte ausfindig und für künftige Maßnahmen nutzbar gemacht werden. An dem Workshop nahmen neben Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften – u.a. des Georgischen Orthodoxen Patriarchats, der Armenischen und Evangelisch-Lutherischen Kirche sowie der Apostolischen Nuntiatur – auch Repräsentanten georgischer NGOs und der staatlichen Agentur für „Toleranz und zivile Integration“ teil.

**„Es gibt zur Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Nationen keine Alternative.“
Barack Obama während seiner Rede an der Berliner Siegessäule am 24. Juli 2008**

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

GUTE PARTNERSCHAFT FÖRDERN – KÜNFTIGE ZUSAMMENARBEIT VERTIEFEN

Nachdem die Konrad-Adenauer-Stiftung bereits im November 2008 die Eröffnung eines Büros in Abu Dhabi angekündigt hatte, nahm der Kronprinz des Emirats, Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan, seinen Deutschlandbesuch zum Anlass, persönlich ein Hintergrundgespräch mit Vertretern der Stiftung zu führen.

Vor Experten aus Wirtschaft und Politik betonte der Kronprinz dabei die zentrale Bedeutung, die Deutschland für die Vereinten Arabischen Emirate (VAE) einnimmt. Anschließend ging der Scheich sowohl auf wirtschaftspolitische Aspekte, wie etwa die internationale Finanzkrise, als auch auf sicherheitspolitisch relevante Fragestellungen, wie den internationalen Terrorismus und das iranische Atomprogramm, ein. Dabei betonte er die Bedeutung des Erziehungs- und Bildungsbereichs, dem mehr Transparenz abgerungen werden müsse. Eckart von Klaeden MdB, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, bedankte sich



Dr. Franz Schoser, Schatzmeister der KAS, überreicht die Konrad-Adenauer-Medaille an Kronprinz Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan.

für die Partnerschaft und die Standfestigkeit der VAE. Deren Position mache deutlich, dass der Kampf gegen den Terrorismus keine Auseinandersetzung zwischen Muslimen und dem Westen sei, sondern eine gemeinschaftliche Aufgabe darstelle. Dr. Franz Schoser, Schatzmeister im Vorstand der Stiftung, überreichte dem Scheich abschließend die Konrad-Adenauer-Medaille.

JERUSALEMER BUCHKLUB ERHÄLT SONDERPREIS DES DIHK

Dem Jerusalem Book Club, getragen von der Ost-Jerusalem Schmidtschule und der West-Jerusalem Jerusalem Academy for Music and Dance und gefördert von der KAS in Ramallah, wurde 2008 der Sonderpreis des Wettbewerbes „Schüler bauen weltweit Brücken“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertags DIHK verliehen. Obwohl sowohl die israelischen, als auch die palästinensischen Schüler der beiden Schulen im Großraum Jerusalem wohnen, kommt es auf Grund des jahrzehntelangen Konflikts im Land immer seltener zu Kontakten zwischen beiden Seiten. Daher hat der Jerusalem Book Club eine Dialogform entwickelt, die sich fernab der Belastungen des politischen Alltags abspielt. Unter dem Motto „Reading is Understanding“ treffen sich seit 2006 palästinensische



Preisverleihung in der Schmidtschule

und israelische Schüler regelmäßig, um über Bücher zu diskutieren. Toleranz und gegenseitiger Respekt, auch vor unbequemen Meinungen anderer, werden so eingeübt und damit Grundlagen für Frieden und Demokratie gefördert.



HOHER BESUCH IN ABUJA

Das Afrika Forum des deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler hat im November 2008 in der nigerianischen Hauptstadt Abuja stattgefunden. Zu den Beratungen des Kreises von Staats- und Regierungschefs hatte der Bundespräsident auch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung Prof. Bernhard Vogel eingeladen. „Hürden auf dem Weg zur Partnerschaft und wie sie überwunden werden können“, lautete das Thema. Die Beratungen waren streng vertraulich, um freimütigen Austausch auch in heiklen Fragen zu ermöglichen. Im Büro der KAS diskutierte Prof. Vogel mit zahlreichen Partnern, die dazu aus allen Landesteilen nach Abuja gereist waren. In kleinem Kreise informierten dann der Landesbeauftragte der KAS, Dr. Klaus Pähler, der GTZ-Direktor und eine Vertreterin von Misereor den Bundespräsidenten sowie Prof. Bernhard Vogel und mehrere Bundestagsabgeordnete, Staatssekretäre wie auch Diplomaten über die politische und wirtschaftliche Situation Nigerias als Vorbereitung auf den unmittelbar anschließenden Staatsbesuch.

ECKART VON KLAEDEN MDB BESUCHT ISRAEL

Um sich ein Bild von der sich zuspitzenden Lage im Nahen Osten zu machen, reiste der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Eckart von Klaeden MdB, im Januar 2009 nach Israel. Auf dem Programm, das von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde, standen hochrangige Begegnungen und intensive Gespräche unter anderem mit Ministerpräsident Ehud Olmert und der stellvertretenden

Ministerpräsidentin und Außenministerin Tzipi Livni. Angesichts der aktuellen Situation hatte sich von Klaeden ausführlich über die humanitäre Situation im Gaza-Streifen informiert. Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen nachhaltigen Waffenstillstand wurde in den Ge-

sprächen das Unterbinden des Waffenschmuggels über die Grenze Ägypten-Gaza sowie das Verhindern der Wiederaufrüstung der Hamas identifiziert. Eckart von Klaeden besuchte während seines Aufenthalts auch die Stadt Beer Sheva, welche kürzlich von einer Kassamrakete getroffen wurde und sprach mit deren Bürgermeister.



Tzipi Livni informiert über die israelische Position

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

EUROMEDITERANE PARTNERSCHAFT

KOLLOQUIUM IN RABAT

Im Dezember 2008 veranstaltete die Konrad-Adenauer Stiftung zusammen mit der „Association Ribat Al Fath“ das 7. internationale wissenschaftliche Kolloquium „Marokko-EU“ zum Thema „Die Perspektiven einer neuen euromediterranen Kooperation“ in Rabat. Als Ehrengast nahm dieses Jahr der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Ruprecht Polenz MdB, teil. Zentrale Themen der Diskussionen waren die zwiespältige Bilanz der Euro-Mittelmeer Partnerschaft und die neuen Möglichkeiten der „Union für das Mittelmeer“. Dabei wurden zwei Erfordernisse für den Erfolg einer Erneuerung der Euro-mediterranen Partnerschaft besonders hervorgehoben: Erstens solle die „Union für das Mittelmeer“ mit strukturierenden Projekten im Bereich der Landwirtschaft, der Entwicklung einer Wissensgesellschaft und des Kampfes gegen den Klimawandel ausgestattet werden. Zweitens könne nur ein besser integrierter Maghreb zu einem regionalen Akteur im Rahmen der euromediterranen Partnerschaft heranwachsen.

KEIN WEG ZU WEIT ...

FORTBILDUNG MIT DEM JUGENDPARLAMENT VON MOSAMBIK

Traditionell wird der älteren Generation in Mosambik mit Respekt begegnet – Alter verleiht Autorität, auch in der Politik. Doch junge Erwachsene, die Bevölkerungsmehrheit, wollen ihre Interessen zunehmend stärker berücksichtigt sehen. So kam es zur Gründung eines „Jugendparlaments“, einer überparteilichen, unabhängigen Jugendorganisation, die im ehemaligen Einparteiensstaat Mosambik noch keine Selbstverständlichkeit darstellt. Arbeitsgruppen setzen sich etwa mit Fragen zu guter Regierungsführung, Wirtschaft und Gesundheit auseinander. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat Anfang 2009 gemeinsam mit dem Jugendparlament eine Fortbildungsreihe begonnen, die deren Vertreter aber auch Nachwuchskräfte aus anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Bereichen effektiver Interessenvertretung, politischer Partizipation und Aufgaben des Nationalen Parlaments fortgebildet hat. Die insgesamt sechs Veranstaltungen, mit jeweils rund 70 jungen Teilnehmern, führten von Nord nach Süd einmal quer durch das Land.

**Der politische Dialog dient dem Meinungs-
austausch, der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen
für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.**

POLITISCHER DIALOG



*Teilnehmer des
Parteiendialogs
in Peking*

CHINA, DEUTSCHLAND UND EUROPA – STAND UND PERSPEKTIVEN DER ZUSAMMENARBEIT

Seit 2002 findet im jährlichen Turnus der Parteiendialog zwischen der CDU und der Kommunistischen Partei Chinas statt (KPCh). Veranstaltet wird er vom Peking Büro der KAS gemeinsam mit der Internationalen Abteilung beim Zentralkomitee der KPCh. In den vergangenen Jahren hat dieses Forum einen regen Austausch zwischen hochrangigen Vertretern beider Parteien etabliert, bei dem in partnerschaftlicher Atmosphäre auch strittige Fragen offen diskutiert werden können.

Die nunmehr sechste Runde des Parteiendialogs im Dezember 2008 diente einer grundsätzlichen Bestandsaufnahme der deutsch-chinesischen Beziehungen. Erörtert wurden auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts-

und Finanzkrise. Die deutsche Delegation, bestehend aus Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wurde von Eckart von Klaeden MdB geleitet. Auf chinesischer Seite nahmen an der Tagung nicht nur hochrangige Repräsentanten von Partei und Regierung, sondern auch nahezu alle namhaften Vertreter der chinesischen Deutschlandwissenschaft teil. Der deutsche Botschafter in China, Dr. Michael Schaefer, eröffnete die Veranstaltung mit einem Grußwort.

Einmal mehr hat sich der Parteiendialog als ein wichtiges Forum für die deutsch-chinesischen Beziehungen erwiesen. In offener Atmosphäre konnten auf der Tagung auch schwierige Themen besprochen werden, darunter die Tibetfrage, aber auch das Strategiepapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Asien als strategische Herausforderung für Deutschland und Europa“.

GESPRÄCH MIT DEM KOLUMBIANISCHEN STAATSPRÄSIDENTEN ALVARO URIBE

Auf Einladung der kolumbianischen Botschaft fand am 31. Januar im Rahmen des Staatsbesuches von Präsident Alvaro Uribe ein Gespräch mit Vertretern der KAS in Berlin statt.

Die Stiftung wurde dabei vom stellv. Vorsitzenden, Staatsminister a.D. Anton Pfeifer, dem Teamleiter Lateinamerika, Hans Blomeier, und dem für Kolumbien zuständigen Länderreferenten Olaf Jacob vertreten. Von kolumbianischer Seite nahm u.a. die Botschafterin in Deutschland, Victoriana Mejía Marulanda, teil. Herr Pfeifer betonte die enge Verbundenheit der KAS mit Lateinamerika im Allgemeinen und mit Kolumbien im Besonderen. Seit mehr als 40 Jahren ist die KAS dort mit Projekten präsent. Deshalb hat es die KAS auch mit Nachdruck unterstützt, dass Bundeskanzlerin Merkel im Mai 2008 auf ihrer Lateinamerikareise Kolumbien besucht hat. Der stellv. Vorsitzende, der von Präsident Uribe eine Einladung nach Kolumbien erhalten hat, versicherte dem Präsidenten, dass die KAS die

Sicherheitspolitik seiner Regierung nach Kräften unterstütze. Er unterstrich zudem, dass Kolumbien vor allem die sozialen Herausforderungen bewältigen müsse, um die Demokratie im Lande abzusichern.

Präsident Uribe bedankte sich für die Arbeit der KAS und die Unterstützung bei der Reiseentscheidung der Bundeskanzlerin. Er betonte, dass sich seine Regierung auf die Politik der inneren Sicherheit, Investitionsförderung mit sozialer Verantwortung sowie Sozialpolitik mit besonderem Schwerpunkt auf Erziehung und Bildung konzentriere. Kolumbien sei in Lateinamerika das Gegenmodell zu den populistischen Politikentwürfen in Venezuela, Bolivien, Nicaragua oder Ecuador. Es komme weiterhin darauf an, das „kolumbianische Modell“ mit Ideen und Konzepten als alternatives Gesellschaftsmodell in Lateinamerika zu etablieren.



*Der kolumbianische
Staatspräsident
Alvaro Uribe*

In den Ländern des Mercosurs ist die Verankerung der politischen Parteien in der Zivilgesellschaft relativ schwach ausgeprägt. Aus diesem Grunde führte das Studienzentrum der KAS in Rio de Janeiro in Kooperation mit dem Demokratiefond der Vereinten Nationen (UNDEF) ein zweijähriges Projekt durch, das die Förderung des Dialogs und des Austausches zwischen Parteien und der Zivilgesellschaft in den fünf Ländern des Mercosurs zum Ziel hatte.



Im Rahmen des Vorhabens wurden die Teilnehmer in zahlreichen Kursen im Bereich Projektentwicklung unterrichtet und bei der Durchführung ihrer individuellen Projekte betreut. An jedem Projekt war mindestens je ein Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft beteiligt. Vom 5. bis 6. Dezember 2008 fand die Abschlussveranstaltung des Projekts in Montevideo statt. Die Teilnehmer tauschten sich über ihre Erfahrungen aus und diskutierten die Frage, wie die Beziehungen zwischen politischen Parteien und der Zivilgesellschaft verbessert werden können. Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass ein in der Gesellschaft fest verankertes Parteiensystem beste Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie biete. Auf dieses Ziel sei weiter hinarbeiten.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Parlamentszusammenarbeit in Malaysia

Im Rahmen einer Fachkonferenz zur Parteienzusammenarbeit der KAS in Südostasien traf der stellvertretende Generalsekretär der Stiftung, Dr. Gerhard Wahlers, mit dem Präsidenten des malaysischen Parlaments, Tan Sri Pandikar Amin Mulia, zusammen. Herr Wahlers unterstrich dabei, dass die Zusammenarbeit mit Parlamenten und Abgeordneten ein Schwerpunkt der internationalen Arbeit der KAS sei. Das Angebot, die Zusammenarbeit mit dem malaysischen Parlament auszubauen, wurde vom Parlamentspräsidenten begrüßt.



POLITISCHER DIALOG

WAHLVORBEREITUNG IN DER ELFENBEINKÜSTE

KAS UNTERSTÜTZT DEMOKRATISCHE WAHLEN

Die Transparenz bei den Wahlvorbereitungen erhöhen und das Verständnis für die Wahlgesetzgebung verbessern – dies waren zwei der Ziele, die sich die KAS gemeinsam mit dem Partner Centre Afrique Obota (CAO) für ein Seminar zur Wahlvorbereitung in der Elfenbeinküste gesetzt hatte. Politiker, Journalisten und NGO-Vertreter diskutierten gemeinsam die Herausforderungen einer fairen und demokratischen Wahl in der Elfenbeinküste. Die aktuelle Wahlgesetzgebung, der „Code of Conduct“ für politische Parteien, und die Rolle der Medien im Wahlprozess wurden dabei angesprochen. Bei dem Seminar, welches im Dezember stattfand, hatten die Teilnehmer auch die Gelegenheit, Wahlen in afrikanischen Ländern zu vergleichen. Unter www.kas.de/cotedivoire2009 informiert das Regionalprogramm ausführlich über die Wahlvorbereitungen in der Elfenbeinküste.

V. INTERNATIONALE SICHERHEITSKONFERENZ IN RIO

Ende November 2008 fand in Rio de Janeiro die V. Internationale Sicherheitskonferenz „Forte de Copacabana“ statt. Politiker und Sicherheitsexperten aus Nord- und Südamerika sowie Europa, darunter der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden MdB (Foto), diskutierten aktuelle Fragen der internationalen sicherheitspolitischen Agenda. Ziel der jährlich stattfindenden Konferenz ist es, gegenseitiges Verständnis



für ausgewählte sicherheitspolitische Themen zu fördern, Erfahrungen auszutauschen und die Kooperation zwischen Südamerika und Europa anzuregen. In ihrem mittlerweile fünften Jahr hat sich die Konferenz als wichtiges sicherheitspolitisches Forum in der Region etabliert. Auch im November 2009 wird die KAS in Brasilien zusammen mit den Partnerinstituten Centro Brasileiro de Relações Internacionais (CEBRI), Centro de Estudos das Américas der Universidade Cândido Mendes (CEAs) und dem Chaire Mercosur der Universität Sciences Po in Paris wieder eine Sicherheitskonferenz durchführen, um die transkontinentale sicherheitspolitische Kooperation zu fördern.



Der Mitarbeiter des Energieministeriums Guillermo Domínguez Vargas erläutert, dass Mexiko gleichermaßen auf erneuerbare Energien wie auf Atomkraft setzt.

MEXIKO: SUCHE NACH SINNVOLLEM ENERGIEMIX

Mit dem Thema Erneuerbare Energien beschäftigte sich eine Konferenz, die die KAS in Mexiko gemeinsam mit ihrem Partner „Fundación Rafael Preciado Hernandez“ (FRPH) veranstaltete. Unmittelbar nach der Verabschiedung einer überaus kontroversen Energiereform durch das mexikanische Parlament Ende 2008 richten sich die Augen auf Potenziale, die dem Land jenseits der zur Neige gehenden Ölreserven zur Verfügung stehen.

Überaus vielversprechend sind in Mexiko die Möglichkeiten für Wasser- und Windkraft sowie Bioenergie. Der Präsident der mexikanischen Vereinigung für Windenergie, Eduardo Zenteno García-Galindo, führte aus, dass vor allem der Süden des Landes und der Bundesstaat Oaxaca mit seinen thermischen Gegebenheiten an der Engstelle zwischen Pazifik und Karibik – hier gingen vor kurzem große Windparks ans Netz – exzellente Ergebnisse garantieren. Gleichwohl will auch Mexiko nicht auf die Nuklearenergie verzichten,

da das Atomkraftwerk „Laguna Verde“ erheblich zur Energiesicherheit des Landes beiträgt und das Land auch künftig die eigenen Uranvorkommen zur Energiegewinnung nutzen möchte.

Aber auch die fossilen Brennstoffe spielten eine Rolle: Die Energiereform unterstützt nach Meinung von Guillermo Domínguez Vargas vom Energieministerium vor allem die staatliche Ölgesellschaft PEMEX. Der Direktor von FRPH, Gerardo Aranda Orozco, warb dafür, dass die Firma zur Erschließung neuer Ölvorkommen über stärkere Privatbeteiligung nachdenken sollte.

Das überaus gut besuchte Forum – neben Politikern und Wissenschaftlern beteiligten sich auch zahlreiche Firmenvertreter, nicht zuletzt aus Deutschland – zeigte, dass nur ein sinnvoller Energiemix ohne Ausschluss gangbarer Alternativen in der Lage sein dürfte, den steigenden Energiebedarf zu decken – gerade auch in einem Schwellenland wie Mexiko.

FORUM NACHHALTIGES AMAZONIEN IN MANAUS



In Manaus, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Amazonas, fand mit Unterstützung der KAS im November 2008 das zweite „Forum nachhaltiges Amazonien“ (Fórum Amazônia Sustentável) statt, dem mehr als 60 Organisationen angehören, und dass sich für die Erhaltung und nachhaltige Entwicklung der Amazonas-Region und ihrer tropischen Wälder einsetzt.

Im Rahmen des Forums einigten sich die teilnehmenden Organisationen auf einen gemeinsamen Aktionsplan. Dieser sieht vor, die breite Öffentlichkeit und politische Akteure für das Thema zu sensibilisieren und eine Plattform für die Diskussion mit allen Beteiligten zu bilden. Der langjährige KAS-Partner „Saude e Alegria“ hat die Arbeit des Forums mit Unterstützung der KAS maßgeblich vorangetrieben.

DIE ROLLE DER TÜRKEI FÜR DIE EUROPÄISCHE ENERGIESICHERHEIT

Über die zunehmende Bedeutung des Schwarzmeerraums in der internationalen Politik und die Rolle, die die Türkei dabei künftig einnehmen wird, diskutierten deutsche und türkische Experten auf Einladung der KAS und des Zentrums für Strategische Studien Eurasiens (ASAM) in Ankara.

Um die starke Abhängigkeit Europas von Energielieferungen aus Russland zu mindern, gehen die Bemühungen der EU dahin, neue Anbieter zu finden. Ihr Blick fällt dabei vor allem auf die Anliegerstaaten des Schwarzen und des Kaspischen Meeres. Die EU sieht in engen Beziehungen zu diesen Staaten die Möglichkeit, die Energieversorgung der Union zu sichern. Die Energieproblematik ist damit auch zu einem Bestandteil der Außenpolitik geworden. Mehr noch: Aufgrund der vielen Konfliktpotenziale in der Region wird Energiepolitik zunehmend als sicherheitsrelevantes Thema wahrgenommen. Die Bedeutung der Türkei als wichtiges Transitland ist dabei nicht zu unterschätzen.



Der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Heiko Schuss von der Universität Erlangen-Nürnberg erläuterte die energiepolitische Bedeutung der Schwarzmeerregion.

Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

NAMEN UND GESICHTER:



RABEA BRAUER

- Ist seit Januar 2009 Leiterin des KAS-Büros in Phnom Penh/Kambodscha
- Leitete zuvor das Programm für Demokratieförderung bei der Delegation der Europäischen Kommission in Kambodscha
- Kontakt: rabea.brauer@kas.de



CHRISTIAN DEPPE

- Ist ab April 2009 Trainee in Jerusalem/Israel
- Beendete zuvor sein Studium der kath. Theologie in Deutschland und Israel
- Kontakt: christian.deppe@kas.de



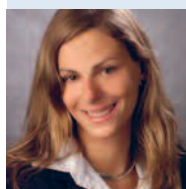
DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

- Übernimmt Mitte April 2009 das Auslandsbüro in Neu Dehli/Indien
- Leitete zuvor das Auslandsbüro in Paris/Frankreich
- Kontakt: beatrice.gorawantschy@kas.de



AMOS HELMS

- Ist ab Mai 2009 Leiter des Auslandsbüros in Hanoi/ Vietnam
- War zuvor Länderreferent im Asienteam der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit
- Kontakt: amos.helms@kas.de



SUSANNE KÄSS

- Ist ab März 2009 Leiterin des Auslandsbüros in La Paz/Bolivien
- War zuvor Trainee in Mexiko Stadt/ Mexiko
- Kontakt: susanne.kaess@kas.de



PAUL LINNARZ

- Ist ab März 2009 Leiter des Medienprojektes Asien mit Sitz in Singapur
- War zuvor Geschäftsführer der Deutschen Welle – MEDIA SERVICES GmbH in Bonn
- Kontakt: paul.linnarz@kas.de



Unsere Stipendiaten aus Nordkorea

Erstmals fördert die KAS seit Anfang 2008 zwei Jura-Studenten aus Nordkorea. Die beiden Stipendiaten stammen aus der Hauptstadt Pjöngjang und sind dort an der Kim-Il-Sung-Universität als Dozenten tätig. Sie werden in Deutschland ihre Kenntnisse in den Bereichen Völkerrecht und Internationales Wirtschaftsrecht vertiefen. Vor dem Porträt des Namensgebers der Konrad-Adenauer-Stiftung: die beiden Stipendiaten Kum Chol RO und Un Nam KIM.

Dr. Christian Ruck MdB in Chile

„Wir müssen den internationalen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte neu gestalten, um derartige gefährliche Entwicklungen auf unseren Märkten künftig zu vermeiden“, so der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Christian Ruck MdB. Auf einer Veranstaltung der KAS mit führenden außenpolitischen Experten in Santiago de Chile erläuterte er das Maßnahmenpaket, das Bundesregierung und Europäische Union zur Lösung der Finanzkrise beschlos-

sen haben. Zudem informierte sich Dr. Ruck während seines Aufenthaltes in Chile über das Ergebnis der jüngsten Kommunalwahlen und traf mit Altstipendiaten der KAS zusammen.





AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



DAS GEMEINWOHL IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Dokumentation des gleichnamigen internationalen Symposiums der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Beiträgen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Präsident des Europäischen Parlaments Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Erzbischof von Dublin Diarmuid Martin und Peter Sutherland, ehemaliger Generaldirektor der WTO.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.15801/>



DEMOKRATIE- UND RECHTSSTAATSFÖRDERUNG IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Einschätzungen aus den Empfängerländern in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa

Neun Rechtsstaatsexperten haben auf Grundlage eines von der KAS in Auftrag gegebenen Fragebogens umfassende Länderberichte angefertigt und ihre Ergebnisse bei der 6. KAS-Völkerrechtskonferenz auf dem Bonner Petersberg im November 2008 vor- und zur Diskussion gestellt. Alle diese Berichte sowie ein vergleichender Querschnitt, werden in dieser Publikation der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.15679/>



DER GAZA-KONFLIKT

Analysen und Hintergrundberichte zur aktuellen Entwicklung im Nahen Osten

Der vorliegende Nahostreader präsentiert eine Auswahl von aktuellen Berichten und Analysen aus unseren Auslandsbüros in der Region Nahost und Nordafrika. Aktueller Hintergrund ist der Konflikt im Gazastreifen, der am 27. Dezember 2008 militärisch eskaliert ist und trotz der nach drei Wochen vereinbarten Waffenruhe noch nicht wirklich beendet zu sein scheint.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.15752/>



EL PODER LEGISLATIVO ARGENTINO –

APORTES PARA EL CONOCIMIENTO DEL CONGRESO DE LA NACIÓN ARGENTINA

Das über 1000 Seiten starke Werk beschreibt Aufbau, Zuständigkeiten und Funktionsweise der argentinischen Legislative sowie die Rolle der Abgeordneten und Senatoren, die das aus zwei Kammern bestehende Parlament bilden. Die Publikation wurde aus Anlass des 100-jährigen Bestehens des Parlamentsgebäudes geschrieben und vom Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika/Regionalbüro Montevideo gemeinsam mit der Vereinigung der argentinischen Verfassungsrechtler herausgegeben.

■ **Bezug:** http://www.kas.de/proj/home/pub/13/4/year-2008/dokument_id-15284/index.html



COMENTÁRIO À CARTA DAS NAÇÕES UNIDAS

Kein anderer internationaler Vertrag behandelt die zwischenstaatlichen Beziehungen so umfassend wie die Charta der Vereinten Nationen, und kein anderer verpflichtet die Weltgemeinschaft auf Prinzipien und Ziele, die einen grundsätzlichen Konsens genießen. Der vom Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika/Regionalbüro Montevideo in Kooperation mit dem Centro de Direito Internacional (CEDIN) herausgegebene Kommentar zur UN-Charta in portugiesischer Sprache soll das Verständnis und die Anwendung der Charta in Brasilien als dem größten Land Lateinamerikas fördern.

■ **Bezug:** http://www.kas.de/proj/home/pub/13/4/year-2008/dokument_id-15318/index.html



„RELIGIONEN UND RELIGIÖSE REFORMEN. DIE RELIGIÖSE REFORM ALS UNIVERSELLER PARADIGMENWECHSEL“, TUNIS 2008, FORUM DES OPINIONS 3

Die vom Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer herausgegebene Publikation präsentiert die Ergebnisse der gleichnamigen Konferenz, die die Stiftung und das Royal Institute for Inter-Faith Studies (Amman, Jordanien), durchgeführt haben. Inhaltlich zielt es darauf ab, historische wie auch aktuelle Reformbewegungen vor allem in den monotheistischen Religionen aufzuzeigen und eine Konzeption von Reform in den Religionen wie Judentum, Christentum und Islam aufgrund sozialer, wirtschaftlicher und politischer Umstände herauszuarbeiten.

■ **Bezug:** info@kas.com.tn